Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Ines C. Schäfer

Angriff auf die Hilfsorganisation Care International in Kabul fordert Tote und Verletzte

Wie die Regierung mitteilte, konnten afghanische Sicherheitskräfte nach einem elfstündigen Einsatz am Morgen des 6. Septembers einen Angriff auf die Hilfsorganisation Care International in Kabul beenden. Alle drei Angreifer wurden dabei getötet, sechs weitere Menschen schwer verletzt. 42 Menschen konnten gerettet werden. Unter ihnen waren zehn Ausländer. Die bewaffneten Täter waren den Angaben zufolge in der Nacht in das Gebäude der Hilfsorganisation eingedrungen. Zuvor hatten sie vor dem Haus im belebten Einkaufs- und Hotelviertel Schar-e Nau eine Autobombe gezündet. Care arbeitet mit Unterbrechungen seit 1961 in Afghanistan. Die Organisation konzentriert sich vor allem auf Bildungsprogramme für Mädchen. Außerdem ist die Organisation in der Frauenförderung und ländlichen Entwicklung aktiv. Am Tag zuvor waren bei zwei Anschlägen der islamistischen Taliban in Kabul 35 Menschen getötet und mehr als 100 weitere verletzt worden. Nach Angaben der Extremisten richteten sich die Attentate gegen das afghanische Verteidigungsministerium und die Polizei. Staatschef Aschraf Ghani warf den Taliban vor, "einfache Leute" zu töten. "Die Feinde von Afghanistan haben ihre Fähigkeit verloren, die Sicherheits- und Verteidigungstruppen des Landes zu bekämpfen", erklärte Ghani. "Das ist der Grund, warum sie Straßen, Städte, Moscheen, Schulen und einfache Leute angreifen." Die Taliban weiten derzeit ihre Sommeroffensive gegen die afghanischen Sicherheitsbehörden aus. Am 25. August hatte es in Kabul einen blutigen Angriff auf die Amerikanische Universität gegeben, bei dem 16 Menschen getötet worden waren. Erst nach zehn Stunden gelang es den afghanischen Sicherheitskräften, den Angriff auf den Campus zu beenden und die letzten Angreifer zu töten.

Ex-Präsident unterstützt deutsche Kampagne in Afghanistan

Der ehemalige Präsident Afghanistans, Hamid Karzai, unterstützte in einem am 9. September 2016 veröffentlichten Interview mit der "Bild" die kürzlich gestartete Kampagne der Bundesregierung, die junge Afghanen davon abbringen soll, ihr Land zu verlassen. Er riet den Afghanen: "Bleibt in Afgha-

nistan und flüchtet nicht. Euer Land braucht euch." Zwar verstehe er die Angst, die die Menschen in seinem Land vor Anschlägen hätten. Er selbst sei auch nicht frei davon. Aber es sei "verrückt", für eine ungewisse Zukunft sein Schicksal in die Hände skrupelloser Schlepper zu legen und sein Leben auf dem Mittelmeer aufs Spiel zu setzen. Außerdem brauche Afghanistan junge ausgebildete Menschen, die das Land wieder aufbauten. Zugleich lobte er Deutschlands Umgang mit der Flüchtlingskrise.

Baustart einer Eisenbahnverbindung zwischen Afghanistan und Iran

Am 7. September 2016 begannen in Afghanistan die Bauarbeiten an einer Eisenbahnlinie, die Afghanistan mit dem Iran verbinden soll. Zum Zeitpunkt des Baubeginns in Afghanistan waren auf iranischer Seite bereits 90 Prozent des Schienennetzes fertiggestellt. Die Zugverbindung soll über die Distrikte Ghurian und Zendeh Jan bis nach Herat führen. Sie steht in Zusammenhang mit Afghanistans Bemühungen, sich interregional stärker zu vernetzen. Einige Monate zuvor hatte Afghanistan gemeinsam mit Indien und dem Iran das Chabahr Port Agreement vereinbart, das Afghanistan ab Ende dieses Jahres Zugang zu dem strategisch günstig gelegenen Seehafen Tschahbahar verschafft.

WHO warnt vor möglicher Ausbreitung des CCHF-Virus während des Opferfestes

Die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen warnte vor Beginn des muslimischen Opferfestes Eid-al-Adha, das vom 13. bis zum 16. September 2016 gefeiert wurde, vor einer Ausbreitung des tödlichen Virus CCHF in Afghanistan. Das Crimean-Congo Hemorrhagic Fever oder Krim-Kongo-Fieber wird durch Zeckenbisse oder durch direkten Kontakt mit Blut oder Sekreten von infizierten Mitmenschen und Tieren übertragen. Auch der Kontakt mit dem Gewebe eines toten Tieres birgt ein Ansteckungsrisiko. Während des Opferfestes schlachten in Afghanistan viele Menschen ein Opfertier, wodurch das Risiko einer rasanten Ausbreitung der Krankheit steigt. Außer der WHO zeigten sich auch das afghanische Gesundheitsministerium, das afghanische Ministerium für Landwirtschaft, Bewässerung und Viehbestand sowie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) besorgt und riefen die Bevölkerung dazu auf, besondere Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Zu den Schutzmaßnahmen gehören das Tragen von Handschuhen und Schutzkleidung beim Schlachten sowie generell das Tragen heller Kleidung, um Zecken leichter zu erkennen. Die Krankheit ist in Afghanistan verbreitet und führte in den lezten Jahren bei etwa zwölf Prozent der Betroffenen zum Tod. Zu den Symptomen gehören Fieber, Muskelschmerzen, Schwindel, Nacken-, Rücken- und Kopfschmerzen, Augenrötungen und Lichtempfindlichkeit. Übelkeit, Durchfall, Bauchschmerzen und starke Stimmungsschwankungen können noch hinzukommen.

Human Rights Watch kritisiert afghanische Sicherheitskräfte, Schulen zu Schauplätzen von Gefechten zu machen

Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch veröffentlichte in einem Bericht, dass afghanische Sicherheitskräfte von Schulgebäuden aus ihre Einsätze planen und damit Tausende Schüler/-innen und deren Schulbildung gefährden. Schulen würden nach Angaben des Berichtes zunehmend als Basis für Militäroperationen gegen Islamisten genutzt. Aus diesem Grund werden sie nun auch häufiger Ziel radikalislamischer Angriffe. Wie viele Schulen landesweit betroffen sind, geht aus dem Papier nicht hervor. Berichtet wird von zwölf Schulen in der Nordprovinz Baghlan, in der bis 2013 auch die Bundeswehr stationiert war.

Schwerer Verkehrsunfall in der Provinz Sabul, mindestens 35 Tote

Im Südosten Afghanistans stießen am 4. September 2016 ein Bus und ein Tankwagen frontal zusammen, beide Fahrzeuge gingen in Flammen auf. 35 Menschen wurden getötet, weitere 20 verletzt. In dem Bus saßen mehr als 50 Passagiere. Erste Erkenntnisse über die Unfallursache deuten auf menschliches Versagen. Der Unfall ereignete sich auf der Schnellstraße von Kandahar in die Hauptstadt Kabul. Die Strecke führt durch Gebiete, die stark von Angriffen islamistischer Taliban betroffen sind. Viele Busfahrer wollen das Gebiet daher möglichst schnell passieren, um nicht Opfer eines Überfalls zu werden. Das marode Straßennetz in Afghanistan gilt außerdem als besonders gefährlich. Erst im Mai waren in der Provinz Ghasni im Osten des Landes zwei Busse und ein Tanklastwagen zusammengestoßen, mehr als

70 Menschen starben. Im April 2013 waren bei einer Kollision zwischen einem Bus und einem Tanklastwagen in der südlichen Provinz Kandahar 45 Menschen getötet worden.

Fast 1,2 Millionen Binnenflüchtlinge in Afghanistan

Kriegsbedingt hat sich die Zahl der Binnenflüchtlinge in Afghanistan innerhalb der vergangenen drei Jahre fast verdoppelt. Einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International zufolge war ihre Zahl Anfang Juni 2016 auf fast 1,2 Millionen gestiegen. 2013 hatten die Vereinten Nationen noch 500.000 Binnenflüchtlinge in Afghanistan gezählt. Der Amnesty-Bericht mit dem Titel "Meine Kinder sterben diesen Winter - Afghanistans gebrochene Versprechen gegenüber seinen Binnenflüchtlingen" verurteilt die Tatenlosigkeit der afghanischen Regierung und kritisiert das schwindende Interesse der internationalen Gemeinschaft am Konflikt. Die Lebensbedingungen der Binnenflüchtlinge seien verheerend. Sie hätten oft kein Dach über dem Kopf und kaum Zugang zu genug Essen, sauberem Wasser, Gesundheitsfürsorge, Bildung oder Arbeit. Obwohl die Not in Afghanistan zunimmt, baten die Vereinten Nationen die Weltgemeinschaft 2016 lediglich um 393 Millionen Dollar für humanitäre Hilfe in Afghanistan, im Vergleich zu den Vorjahren ein sehr geringer Betrag.

Präsident Mohammad Ashraf Ghani verspricht Reformen zur Bekämpfung von Korruption

Zu Beginn der ersten Zusammenkunft des Special Joint Coordination and Monitoring Board (JCMB) am 4. September 2016 in Kabul hielt Präsident Mohammad Ashraf Ghani eine Rede, in der er vor allem auf sein Anliegen der Korruptionsbekämpfung einging. Um diese umzusetzen, kündigte er umfassende Reformen an. Ghani betonte: "Der Terrorismus darf uns nicht davon abhalten, Reformen durchzuführen." Weiterhin sagte er: "Wir haben versprochen, die Korruption im Land zu beenden, die unsere spirituellen Werte verletzt und die Seele unserer Nation beschmutzt. Wir haben versprochen, eine Gesellschaft aufzubauen, die sich auf Gesetze und Gerechtigkeit gründet, nicht auf Macht und militärische Stärke." Das JCMB wurde von Afghanistan gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft zur Umsetzung des Afghanistan-Vertrags 2006 ins Leben gerufen.